

## Abzocke im Onlinehandel

Internetbetrug boomt wie nie – das zeigt ein Beispiel aus Berlin. Seite 9

Foto: privat

## Gestorben für Rojava

Auch deutsche Freiwillige kämpfen in Nordsyrien gegen den IS. Seite 3

## Gedopte Rekorde?

Leichtathletikverband will alte Bestmarken löschen. Seite 18

Foto: 123RF/peterhermesfuriar

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Freitag, 26. Mai 2017

72. Jahrgang/Nr. 121

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Bittsteller Europa

Uwe Sattler hofft auf ein Ende der EU-Gefolgschaft gegenüber den USA

Henry Kissinger wird die Äußerung zugeschrieben, er wisse nicht, wen er anrufen soll, wenn er Europa sprechen wolle. Zwar bestreitet der ehemalige US-Außenminister, dass dieser Satz aus seinem Munde stammt. Aber er trifft den Kern: Die EU ist für die USA wirtschaftlich nützlich, ein ernst zu nehmender politischer Partner aber nicht. Daraus machte Donald Trump bei den EU-Spitzen, die um Gegenliebe des Präsidenten buhlten, keinen Hehl.

Die Europäer selbst haben für diesen Zustand gesorgt. Nicht, weil sie keine gemeinsame Außenpolitik hätten. Denn das stimmt so nicht – gerade bei der, zunehmend militärischen, Absicherung wirtschaftlicher Interessen ist man schon einig. Es ist die jahrelange, meist kritiklose Gefolgschaft gegenüber den USA, die den Europäern auf die Füße fällt. Die engen Wirtschaftsbeziehungen nach Übersee sind mit Stillhalten in politischen Fragen erkaufte Bushs »Antiterrorfeldzug«? Schweigend oder aktiv unterstützt. Obamas Drohnenkrieg? Keine Einwände. Trumps Kampagne gegen Muslime? Kaum eine Reaktion aus Brüssel.

Sich in die europäische Schmollecke zurückziehen, ist jedoch kein Ausweg. Denn die EU könnte durchaus Trumps Politik beeinflussen. Die wirtschaftliche Macht dazu hat sie. Was den Europäern im transatlantischen Verhältnis fehlt, ist das Bestehen auf den viel beschworenen europäischen Werten und Selbstbewusstsein. Dass Letzteres keine Mangelware ist, sieht man an den Drohgebärden in den Brexit-Verhandlungen.

## UNTEN LINKS

Jahr für Jahr scheint es schlimmer zu werden. Wie die Heuschrecken fallen sie dieser Tage wieder zu Hunderttausenden über die Hauptstadt her. Mitgefühl und Lebensfreude, solche menschlichen Regungen kennen sie nicht. Ihre Uniform ist die des Gotteskriegers: zeltähnliche Gewänder, Jesuslatschen, griesgrämiger Blick. Vielen von ihnen haben nicht die geringste Scheu, ihre perverse Sucht nach »spirituellen Begegnungen«, wie sie es nennen, an ihren Mitmenschen zu befriedigen: Oft kumpeln sie ihr nichtsahnendes Gegenüber überfallartig an, umarmen es ungefragt oder labern ihr hilfloses Opfer gnadenlos stundenlang voll. Nicht selten lassen sie erst in den Nachtstunden, wenn es vollkommen entkräftet ist, von ihm ab. Die weltumspannende Sekte, der sie angehören, hat hierzulande viele fanatische Anhänger. Sie leben meist unerkannt in auf den ersten Blick unscheinbaren Städten wie Bremen oder Hannover. Doch sind sie mitten unter uns: die Evangelischen. tbl



Foto: photocase/zach; [M]

## Es gründet sich

DiEM25 will Partei werden. Und die Bewegung steht damit keineswegs allein

Berlin. Vor nicht ganz anderthalb Jahren haben Yanis Varoufakis und seine Mitstreiter die linke Europabewegung DiEM25 in Berlin gegründet – nun sind sie in die deutsche Hauptstadt zurückgekehrt, um den nächsten Schritt vorzubereiten: die Gründung der ersten wirklich paneuropäischen Partei. Dies sei »notwendig, um die umfassende wirtschaftliche und soziale Agenda« von DiEM25 auch wirklich »wählbar« zu machen: den »European New Deal«, sagt der griechische Ex-Finanzminister.

Wenn nichts dazwischenkommt, wird die Parteigründung schon bis Herbst über die Bühne gegangen sein. Was Varoufakis damit auch verfolgt, ist ein grundlegend anderer Ansatz von Politik: der Abschied vom nationalstaatlichen Rahmen.

Zunächst noch in diesem Rahmen, teils im noch kleineren länderpolitischen, bewegen sich andere Parteigründungen hierzulande. Man könnte sogar von einem kleinen »Organisationsfrühling« sprechen: Die Partei »Demokratie in Bewegung« will zur Bundestagswahl antreten, »Die Urbane« in Berlin ist nicht nur eine »Hip-Hop-Partei« und in Bayern machen sich Menschen aus der Flüchtlingssolidarität auf den Weg zur Parteigründung.

Gemeinsam ist ihnen und DiEM25 mindestens dies: Skepsis gegenüber den schon bestehenden Parteien. Nicht zuletzt die weltweite Lage bringt zudem wieder mehr Menschen dazu, die Organisationsfrage mit einer eigenen Gründung zu beantworten – Trump, Brexit, der Aufstieg der Rechten in Europa.

Was wollen die Neuen? Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Demokratie von unten – inhaltlich geht es also bei den Gründungen klar nach links, auch wenn sich die Projekte dieses Label nicht unbedingt immer umhängen mögen. Welche Zukunft haben die Neuen? Und was bedeutet der kleine Gründungsboom für die Linkspartei? tos Seite 2

## Das Geschenk an Trump heißt Aufrüstung

EU und NATO in devoter Haltung gegenüber den Forderungen des US-Präsidenten in Brüssel

Einigkeit herrschte wohl nicht beim Treffen der EU-Spitzen mit dem US-Präsidenten. Was Donald Trumps Forderungen gegenüber der NATO betraf, gaben die Europäer offenbar klein bei.

Von Roland Etzel

Beim ersten Treffen von US-Präsident Donald Trump mit den Spitzen der EU in Brüssel sind beide Seiten in wesentlichen Punkten auf Distanz geblieben. Insbesondere beim Thema Russland gebe es keine »gemeinsame Position«, sagte EU-Ratspräsident Donald Tusk am Donnerstag nach dem Gespräch mit Trump und weiteren EU-Spitzenpolitikern.

Man habe mit Trump eine Reihe von Themen besprochen. Im »Anti-Terror-Kampf« stimme man überein, so EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker und Tusk anschließend. In anderen wichtigen Fragen, etwa der Klimapolitik und den Handelsbeziehungen,

gebe es Differenzen. Das Verhältnis Trumps zur EU gilt als belastet. Er hatte im Januar den Austritt Großbritanniens aus der EU als großartig bezeichnet und weitere Austritte vorhergesagt.

Am Nachmittag nahm Trump an seinem ersten NATO-Gipfel teil. In dessen Vorfeld hatte

Mit ihren Beschlüssen kommt die NATO wesentlichen Forderungen der US-Regierung nach.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg nachdrücklich auf verstärkte Rüstungsanstrengungen der Mitgliedsländer insistiert. Laut einer Erklärung Stoltenbergs tritt die NATO der internationalen Allianz gegen die Terrormiliz Islamischer Staat bei. Berlin hatte sich

zuvor dagegen erklärt, war in Brüssel dann aber in dieser Frage offenbar eingeknickt.

Die Paktmitglieder hätten sich außerdem verpflichtet, Pläne vorzulegen, wie sie ihre Verteidigungsausgaben erhöhen wollen. Mit beiden Beschlüssen kommen die Länder wesentlichen Forderungen der Regierung Trump nach. US-Außenminister Rex Tillerson schwebt vor, dass jeder NATO-Staat einmal im Jahr darzulegen hat, wie er sich in Zukunft beim Thema Verteidigung zu engagieren gedenkt. Trump werde die Bündnispartner an ihren Beschluss von 2014 erinnern, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Militäraufgaben auszugeben, sagte Tillerson. Die USA gäben vier Prozent für diese Zwecke aus. Deutschland veranschlagt lediglich 1,2 Prozent des BIP für das Militär.

Bundesaußenminister Sigmar Gabriel hatte zuvor erklärt, es gebe kein »apodiktisches Zwei-Pro-

zent-Ziel«. Davon war in Brüssel nicht mehr die Rede.

Wegen der Besuchsverbote für Bundestagsabgeordnete auf dem türkischen Luftwaffenstützpunkt Incirlik drohte Kanzlerin Angela Merkel der Türkei mit dem Abzug der deutschen Soldaten. Das werde sie im Gespräch mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan »sehr deutlich machen«, sagte Merkel am Donnerstag in Brüssel. Mit Agenturen

Lesen Sie morgen im wochen-nd

Reportage: In Mexiko bei den Rarámuri

Interview: Macron und das Machbare

Porträt: Das Phänomen Sebastian Kurz

## Streit um Geflüchtete erreicht den Kirchentag

Obama verteidigt Merkel-Kurs  
Bischof aus Afrika kritisiert Westen

Berlin. Wie ein Popstar ist Barack Obama am Donnerstag auf dem evangelischen Kirchentag in Berlin empfangen worden: Rund 70 000 Zuschauer bejubelten den früheren US-Präsidenten bei seinem Auftritt mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vor dem Brandenburger Tor. In der Diskussion betonte Obama die Grenzen nationaler Flüchtlingspolitik und stärkte damit Merkel den Rücken. »Natürlich haben Flüchtlinge allen Anspruch auf Schutz, aber wir haben auch begrenzte Ressourcen«, sagte der ehemalige Präsident.

Scharfe Kritik an die Industriestaaten äußerte hingegen Bischof Fredrick Onael Shoo: »Teilt euren Reichtum!«, forderte der Geistliche aus Tansania auf einem der Eröffnungsgottesdienste. Der Bischof rief den Westen dazu auf, Afrika faire Wirtschaftsbeziehungen anzubieten und sich mehr um die Flüchtlinge zu kümmern. Europa und den USA warf er vor, die Augen vor dem Leid in Afrika zu verschließen. epd/nd Seiten 6, 9 und 14

## Duterte verhängt Kriegsrecht

Schwere Kämpfe in der Region Mindanao auf den Philippinen

Marawi. Nach tagelangen Kämpfen mit Islamisten haben philippinische Sicherheitskräfte am Donnerstag die Stadt Marawi bombardiert. Es handele sich um »chirurgische Luftangriffe«, sagte ein Militärsprecher. In der hauptsächlich von Muslimen bewohnten Stadt in der Region Mindanao kämpfen bewaffnete Islamisten seit Dienstag gegen Polizisten und Soldaten. Am Donnerstag waren laut Militär noch 30 bis 40 Islamisten aktiv. Die meisten Einwohner flohen vor der Gewalt.

Aus einem Viertel nahe des Gebäudes der Provinzregierung in der 200 000-Einwohner-Stadt Marawi stiegen schwarze Rauchwolken auf. Nach Angaben der Behörden starben bislang bereits fünf Soldaten, zwei Polizisten sowie 26 Extremisten.

Angesichts der Kämpfe in Marawi hatte der philippinische Präsident Rodrigo Duterte das Kriegsrecht über die gesamte Region von Mindanao verhängt. Am Mittwoch drohte er damit, die potenziell ein Jahr lang andauernde Maßnahme auf das gesamte Land auszudehnen. AFP/nd Seiten 4 und 8

## Temer lässt Armee aufmarschieren

Brasilien Präsident in der Klemme

Brasília. Die wegen Korruptionsverdachts massiv unter Druck stehende Regierung in Brasilien hat in der Hauptstadt Brasília Soldaten aufmarschieren lassen. Sie begründete die Mobilisierung mit Ausschreitungen, die sich am Mittwoch nach einem Massenprotest gegen Staatschef Michel Temer ereigneten. Zunächst bis zum 31. Mai sollen insgesamt 1500 Soldaten Regierungsgebäude in Brasília schützen. Im Kongress kam es zu tumultartigen Szenen, als Temers Order zum Einsatz von Soldaten bekannt wurde.

Der Einsatz der Armee ist heikel in einem Land, das von 1964 bis 1985 unter der Militärdiktatur lebte. Zuletzt kamen Soldaten in schwierigen Sicherheitslagen oder bei Großereignissen wie der Fußball-Weltmeisterschaft 2014 oder den Olympischen Spielen 2016 zum Einsatz.

»Das ist eine extreme Maßnahme der Regierung Temer und ein klares Signal, dass die Regierung die Kontrolle verloren hat, mit sehr schlechten Folgen für unsere Demokratie«, sagte der Analyst des Consultingbüros Hold, André Cesar, in Brasília. AFP/nd

ISSN 0323-3375

